

*Matthias Hui*

## **Willkommen in einer solidarischen Gesellschaft!**

### Zur neuen Migrationscharta

Die Schweiz muss in der Lage bleiben, auch in Zukunft Flüchtlinge aufzunehmen. Schreckliches, wirklich Schreckliches geschieht immer irgendwo auf der Welt. Was können wir tun? Wir sollen den an Leib und Leben gefährdeten Menschen Zuflucht geben. Aber nicht nur heute, auch in Zukunft noch. Nicht alle Millionen von Menschen, die unter wirtschaftlicher Not leiden, können in die Schweiz einwandern, das ist offensichtlich. «Nein» sagen zu müssen, ist schlecht, und wir machen uns schuldig, wenn wir Menschen Hilfe versagen, die Hilfe brauchen. Aber noch schlechter wäre, wenn wir irgendeinmal nicht mehr «Ja» sagen könnten zu Menschen, deren Leben akut und unmittelbar bedroht ist. Wenn wir also auch in Zukunft helfen wollen, wo Menschen an Leib und Leben gefährdet sind, dann müssen wir die Kraft aufbringen, in anderen Fällen auch Nein sagen zu können.

Gottfried Locher, Präsident Schweiz. Evangelischer Kirchenbund, ref.ch, 21. Juli 2015

Ist jemand tatsächlich an Leib und Leben bedroht, sollten wir unsere humanitäre Tradition hochhalten und Schutz gewähren. Leider spricht sich aber auf der ganzen Welt herum, dass die Schweiz eine viel zu large Asylpolitik betreibt und es hier hohe Staatsleistungen zu ergattern gibt. Selbst wer als unechter Asylant in die Schweiz kommt und abgewiesen wird, kann zu lange bleiben. Die Kosten für die Schweizer Steuerzahler steigen. Zudem machen immer mehr renitente Asylbewerber mit kriminellen Handlungen auf sich aufmerksam. Die Bevölkerung fühlt sich bedroht. Dankbarkeit für die Gastfreundschaft sieht meines Erachtens anders aus. Solche Missstände müssen dringend angegangen werden. Und wir dürfen Wirtschaftsflüchtlingen kein Asyl geben, sonst müssten wir die halbe Weltbevölkerung aufnehmen. Der Platz und die Mittel sind auch in der Schweiz beschränkt. Lasst uns deshalb den echten Flüchtlingen helfen und den falschen eine rasche Absage erteilen.

Verena Herzog, Nationalrätin SVP, auf der eigenen Homepage

*Verena Herzog hat wie alle anderen ParlamentarierInnen die Möglichkeit, zwei Interessenvertreter Zutrittskarten für das Bundeshaus auszustellen. Der eine, der über sie Zugang erhält, ist Pascal Gentinetta, Ex-Direktor der Economiesuisse, heute Cheflobbyist der Bank Julius Bär. Der andere ist Gottfried Locher.*

Fluchten verlaufen chaotisch. Aber dieser Zustand völliger Unordnung, wenn Menschen migrieren müssen, hat seine Wurzeln nicht im Bundeshaus, wie uns Wahlkampfinsereate weismachen wollen. Sondern dort, wo Menschen ihr Haus, ihre Familie, ihren Alltag, ihre Arbeit, ihre Rechte verlieren. Die Asylsuche gerät zum Chaos, weil Menschen nicht in Würde migrieren können und in Zielländern oft nicht willkommen geheissen werden.

Gegen sechzig Millionen sind gemäss UNHCR weltweit auf der Flucht, sie stammen aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Eritrea, Kongo, der Ukraine, Sri Lanka, Bangladesch oder Kolumbien. Es sind Ingenieure und Grossmütter, Primarschüler und Landarbeiterinnen, Homosexuelle und Musiker, Menschenrechtsaktivistinnen und Lebenskünstler, Gefolterte und Unternehmer. Es sind sechzig Millionen einzelne Menschen.

In Syrien gibt es etwa acht Millionen Binnenflüchtlinge, vier Millionen haben sich in die umliegenden Länder gerettet. In der Schweiz leben knapp zehntausend SyrerInnen. Viele von ihnen haben die lebensgefährliche Odyssee über das Mittelmeer hinter sich. Gottfried Locher sagt im Interview vom Juli 2015: „Im Mittelmeer kommen fast ununterbrochen Menschen auf grausame Weise um. Ich sehe nicht, was sich daran

ändern würde, wenn alle Grenzen geöffnet würden. Vermutlich würden dann nur noch mehr Leute die lebensgefährliche Überfahrt wagen und noch mehr Leben ausgelöscht werden. (...) Einen Skandal sehe ich eher bei uns, in den Ländern nördlich des Mittelmeers. Sie schaffen starke Anreize für den Exodus, indem sie in den Herkunftsländern viel zu wenig bekannt machen, wie gering die Chancen auf Asyl in Europa sind.“ Eine grundsätzlich andere Tonlage hat der BDP-Nationalrat Hans Grunder angeschlagen, als er kürzlich gestand: „Mir fehlen die Worte angesichts der Tragödie, die sich dort im Mittelmeer abspielt“, und vorschlug, als Sofortmassnahme 40- bis 50 000 syrische Flüchtlinge in der Schweiz aufzunehmen. Solidarité sans Frontières und andere Basisorganisationen plädieren seit Anfang Jahr für die Aufnahme von 100 000 Menschen aus dem Krieg.

### **Als wäre nichts geschehen**

Die Kirchen sind in der lauten Migrationsdiskussion im Schweizer Wahljahr erschreckend still geworden. Ähnliches gilt übrigens auch zu weiten Teilen für die SP. Wahlkampf wird wieder einmal auf dem Buckel der Flüchtlinge geführt. Diesmal auf jenem der Eritreer, von denen besonders viele aufgrund ihrer Erfahrungen der letzten Jahre im Heimatland und auf der Flucht hoch traumatisiert sind.

„Öffentliche Gesten, Worten und Taten wären jetzt wichtig. Aber kein Schweizer Bischof und kein Vertreter der Reformierten hat bisher ein öffentliches Zeichen gesetzt,“ beklagt der Theologe Josef Hochstrasser Ende Juli im Tages-Anzeiger. Die Kirchenleitungen rufen nicht einmal ihre eigenen, eigentlich felsenfesten Positionen in Erinnerung: «Die Achtung der Menschenwürde jeder Person, ungeachtet ihrer Rasse, Sprache, Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sozialen Stellung gehört zu den Grundsätzen unseres Staates und unserer Kultur. Dieser Grundsatz hat sich besonders in unserem Verhalten gegenüber den Schwachen und Benachteiligten, auch gegenüber den Asylsuchenden und Flüchtlingen zu bewähren.» (Auf Seiten der Flüchtlinge, Dokument der Schweizer Kirchen und Religionsgemeinschaften von 1985)

Das unabhängige Netz *KircheNordSüdUntenLinks*, bisher ein offenes Debattierforum, tritt nun mit einer „Migrationscharta“ an die Öffentlichkeit. Katholische und reformierte TheologInnen und in der kirchlichen Migrationsarbeit Tätige aus der Deutschschweiz formulieren darin: „Es ist Zeit, dass die Kirchen in der Schweiz, in denen bereits viel Migrationsarbeit geleistet wird, ihre Kräfte bündeln und sich mit geeinter Stimme unmissverständlich zur Migrationspolitik äussern. Sie sind zu schärfstem Protest und zum Vorlegen eigener Vorschläge gedrängt. Die biblischen Grundlagen, auf die sie sich berufen, befähigen sie dazu. Fertige Lösungen haben auch sie nicht, aber in Bündnissen mit anderen können sie Veränderungen bewirken.“

Die Veröffentlichung der Migrationscharta ist Protest und Alternative zum Ausbleiben klarer kirchlicher Haltungen. Sie stellt sich in die Tradition kirchlichen Engagements für Flüchtlinge in diesem Land und des damit einhergehenden Widerstands gegen die staatliche Boot-ist-voll-Politik und Überfremdungsrhetorik (vgl. die Beiträge von Kaspar Surber und Heinrich Rusterholz in diesem Heft). Die Distanz der Charta zum Memorandum von Karl Barth von 1937 – welches im Titel der aktuellen Publikation von Heinrich Rusterholz, einem Vorgänger von Gottfried Locher im SEK-Präsidium, zitiert wird – ist bei allem zeitlichen Abstand und bei aller historischen Differenz klein. Barth schrieb angesichts der Situation in Deutschland vor knapp achtzig Jahren: „Müssten die

dortigen Vorgänge nicht eine ganz andere Bedeutung für Predigt und Unterricht auch bei *uns* gewinnen? Müssten sie nicht – etwa im Anschluss an Bibelstunden und in den Sitzungen unserer kirchlichen Behörden und Vereine – auch gemeinsam erwogen und besprochen werden? Können und dürfen wir unseren eigenen Sorgen und Aufgaben nachgehen, als wäre nichts geschehen, als ob unseres Nachbars Haus nicht in Flammen stünde? Wir denken, dass das nicht nach Christi Sinn wäre.“

### **Kompass für die Gleichheit**

Viele Kirchenbehörden schweigen trotz der historischen Lektion auch heute und verspielen so ausgerechnet in diesem Feld Kredit, wo die Glaubwürdigkeit der Kirchen bei breiten Bevölkerungsschichten noch hoch wäre. Die Kirchen sind in der öffentlichen Debatte als Anwältinnen der ausgegrenzten Flüchtlinge und rechtlosen Sans-Papiers, als Bündnispartnerinnen der Solidaritätsbewegungen und auch der engagierten Teile der Behörden kaum wahrnehmbar. Dies trotz der beeindruckenden alltäglichen Arbeit, die von vielen ChristInnen vor Ort in Kantonalkirchen und Gemeinden geleistet wird. Zum Beispiel in der Citykirche St. Jakob in Zürich, wo der Einsatz für Sans-Papiers und die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und politisch aktiven Einheimischen im Solidaritätsnetz Zürich eine Selbstverständlichkeit ist. Oder in der Berner Landgemeinde Riggisberg, wo sich SVP-Mitglieder und Kirchgemeinderäte – auch in Personalunion – dafür stark machen, dass sich eritreische oder syrische Menschen im Durchgangszentrum und im Dorf willkommen fühlen und ihren Weg gehen können.

Die Migrationscharta will diese Basisarbeit sichtbar machen und die Debatte vom Kopf auf die Füße stellen. Die Charta provoziert, weil sie bereits in ihrem Titel grundsätzlich wird: „Freie Niederlassung für alle: Willkommen in einer solidarischen Gesellschaft!“ Wie jedes Recht reibt sich dieses Recht an anderen Rechten und an Rechten Anderer. Damit für die notwendigen Kompromisse in der Alltags- und Realpolitik der Kurs nicht verloren geht, fragt die Migrationcharta nach dem Kompass. In diesem Fall sind es die biblischen Traditionen, die „nach wie vor als Grunderzählung und Grundlage zur Verwandlung der Verhältnisse dienen können.“

Die Gleichheit – mit ihrer „Schwester“ Vielfalt – und die Würde aller Menschen sind Ausdruck des biblischen Konzepts der Gottesebenbildlichkeit aber auch eines Narrativs, wie es sich etwa im Gleichnis der Arbeiter im Weinberg (Mt 20, 1-16) findet. Wenn biblische Theologie die prinzipielle Gleichheit der Menschen betont und diese nicht gleich amtskirchlich wieder segmentiert und zurechtgestutzt wird, ist das Recht auf freie Niederlassung für alle – und zwar supranational, weltweit – eine logische Richtschnur für kirchliches Engagement. Die Charta spricht gar auf von einer „Pflicht zur Migration“ in der jüdisch-christlichen Tradition, wenn sie den Auszug aus unterdrückerischen Verhältnissen bedeutet. Die Bibel erzählt von einem Gott, der Moses zum Verlassen des Landes, zum Widerstand gegen die Demütigungen auffordert.

### **Wo es gerecht zugeht**

Es ist kein fundamentalistisches und instrumentelles Verfahren, mit dem die Charta Bibelstellen zur Legitimierung eigenen Handelns bezieht. Sie will politische Positionen in der gegenwärtigen Migrationsdebatte an biblisch-theologischen Befunden und Erwägungen schärfen. Damit stellt sich die Migrationscharta scheinbar gegen alles, was in der europäischen und in der schweizerischen Politik als vernünftig oder zumindest

als mehrheitsfähig erscheint. Es ist aber nicht nur ein – hier religiös geformter – Glauben an Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, der das politische Handeln bestimmt. Die Migrationscharta analysiert die Lage. Sie will eine Alternative aufzeigen zur Unvernunft der herrschenden Migrationspolitik und zum Wahnsinn des Sterbens im Mittelmeer, innenpolitisch zur nationalistisch und rassistisch angehauchten Monopolisierung des Feldes durch die SVP. Ob nämlich sehr viel mehr Menschen nach Europa und in die Schweiz kommen würden, wenn die Grenzen offen stünden, wissen wir nicht. Es gibt Migrationsforscher wie François Gemenne, die dies mit stichhaltigen Argumenten bezweifeln.

Neben dem Grundsatz der Gleichheit ist die Frage nach – hauptsächlich ökonomischer – Gerechtigkeit politisch leitend. Gerechtigkeit kann als roter Faden der biblischen Überlieferung bezeichnet werden (Walter Dietrich). Die Migrationscharta stellt in diesem Kontext die kapitalistische Wirtschafts- und Handelspolitik, Waffenexporte und unseren nicht nachhaltigen Lebensstil – Ursachen auch für die Flucht vieler Menschen – in Frage.

Solidarität als Verantwortung für das Gemeinwesen und als Einstehen für die Recht der Anderen, der Schwächeren versteht die Migrationscharta als Übersetzung des biblischen Wortes Liebe. Heimat hat laut der Charta biblisch nichts mit exklusiver nationaler Identität zu tun; Heimat ist – als Beziehungsbegriff – dort, wo es gerecht zugeht.

Die Migrationscharta argumentiert auf verschiedenen Ebenen. Parallel zum biblisch-theologischen Ansatz, mit dem sie in den Kirchen aufrütteln will, verläuft die Bezugnahme auf die Aufklärung. Die Charta bezieht sich implizit auf die Tradition der französischen Revolution, der Freiheit und der Menschenrechte. Mit ihren politischen Vorschlägen zur Stärkung der Grundrechte richtet sie sich an die breite Öffentlichkeit und vielleicht speziell an die TrägerInnen der liberalen Tradition in der Schweiz. Der Schweizer Strafrechtler Martino Mona plädiert seit längerem für das Recht auf Immigration im liberalen Staat: „Man definiert sich selber als liberalen Staat – und in der Migrationspolitik macht man das Gegenteil. Man lässt willkürlich bestimmte Einzelinteressen überwiegen und schützt zufällige Privilegien und Reichtümer. Das passt nicht zusammen.“ Andreas Cassee kommt als Philosoph zum Schluss: „Wer das Recht auf innerstaatliche Bewegungsfreiheit akzeptiert, hat gute Gründe, an der Legitimität von Einwanderungsbeschränkungen, wie wir sie heute kennen, zu zweifeln.“

### **Es geht um alle und das Ganze**

Die Ausrichtung der migrationspolitischen Debatte an den Grundrechten, wie sie von der Charta postuliert wird, hat weitläufige Konsequenzen. Im besten Fall trägt die Debatte zu einer gesellschaftspolitisch umfassenden, radikal transformatorischen Dynamik bei. Es geht nicht nur um Eritreer und um Syrerinnen. Gemeint sind wir alle, global. Thematisiert wird zwar die „Humanisierung der Asylpraxis auf allen Ebenen“; im Blick ist der beschwerliche und der heitere, der gewöhnliche und der gewöhnungsbedürftige Alltag im Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten, im Kontakt mit Behörden und Institutionen. Aber darüber hinaus geht es eben immer auch ums Ganze.

Eine neue Migrationspolitik im Sinne der Charta bleibt nicht bei der Migrationspolitik stehen. Zum Schluss sei dies mit drei Stichworten skizziert.

*Grundrechte für alle:* Die Globalisierung der Gerechtigkeit, das Recht auf Sicherung der Existenz, die in der Charta als Horizonte angedeutet werden, sind selbstverständlich nicht exklusiv auf MigrantInnen ausgerichtet. Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen, das Recht auf angemessene Unterkunft und weitere Rechte schützen auch jene, die hier, in der Schweiz, zuhause sind und sich allenfalls von Zuwandernden konkurrenziert fühlen. Oder jene, die dort, im Süden, zuhause sind und nicht migrieren müssen sollen. „Flankierende Massnahmen“ – eine Erfolgsstory der schweizerischen Gewerkschaften und progressiven Kräfte – zum Schutz der bestehenden Stellen, Löhne und Arbeitsbedingungen müssen bekräftigt und erweitert werden, wenn die Personenfreizügigkeit vom Kreis Europa auf den weiteren Kreis des Globus ausgedehnt wird. Arbeits- und Menschenrechte sind Bodyguards, die vor diffusen Ängsten und demagogischen Angstmachern schützen. Wenn die Menschenrechte gestärkt werden, werden mit den MigrantInnen im gleichen Zug auch andere verwundbare Gruppen vor Diskriminierungen besser geschützt.

*Demokratie für alle:* MigrantInnen sollen sich wie alle anderen in einem Gebiet lebenden Menschen an der öffentlichen Sphäre beteiligen können. Ihr Leben soll nicht auf die privaten Räume und tendenzielle Ghettos beschränkt werden. Für Hannah Arendt gewinnen Menschen erst durch gemeinsames Handeln in der Öffentlichkeit ihr wahres Wesen. Und erst dieses Handeln schafft den politischen Raum. Die Schweiz müsste das Konzept einer Einwanderungsgesellschaft überspringen, das sie sich nie wirklich zu eigen gemacht hat, und sich als postmigrantische Gesellschaft zu verstehen beginnen. Die hier lebenden Menschen begegnen sich demokratisch auf Augenhöhe, Diskriminierungen aufgrund der Herkunft werden beseitigt, Einbürgerungs- und Partizipationsprozesse werden beschleunigt. Mit dem Einbezug der Zugewanderten wird die Geschichte der Demokratie in diesem Land in der einzig konsequenten Richtung fortgeschrieben. Wenn Zugewanderte nicht mehr nur Arbeitskräfte sein sollen, wird die demokratische Gestaltung der Gemeinschaft auch vor der ökonomischen Sphäre nicht haltmachen können. Mehr Demokratie kommt sehr vielen zugute.

*Europa für alle:* Nie war es deutlicher als jetzt – Migrationspolitik ist Europapolitik. Europa wird politisch, ökonomisch und institutionell auch dadurch geprägt, wie es mit den MigrantInnen umgeht. Die EU ist Festung, friedenspolitisches Versprechen, neoliberales Labor und liberales Zusammenleben zugleich. Eine offene Schweiz ist eine Schweiz, die um ein offenes Europa ringt. Jenseits des neoliberalen Kapitalismus mit seinen wachsenden Ungleichheiten und seinen apokalyptischen Zerstörungspotenzialen für die Menschen und für die Natur. Jenseits der rassistischen Ausgrenzungs- und der kolonisierenden Herrschaftsmechanismen im Innern und gegen aussen. Und jenseits der Versuchung zur Blockbildung, die autoritäre Regimes und totalitäre Entwicklungen im Umfeld als Legitimierung der eigenen Aufrüstung versteht.

## **Was tun?**

Was tun im Wahlherbst? Die SVP mit ihrer mit dem Rassismus zündelnden, nationalistischen und egoistischen Haltung, die mit ihrer jahrelangen Propaganda in eigener Sache die schweizerische Spielart der Abschottung und Fremdenfeindlichkeit sehr effektiv kultiviert, muss endlich – auch und gerade von Seiten der Kirchen – auf jeder Ebene isoliert werden. Mit den Rechtspopulisten Verbündeten muss klar gemacht werden, dass auch sie sich ins moralische Abseits stellen. Der höchste Reformierte

bezeugt das Gegenteil, wenn er sich in einen zwar faktisch unwichtigen, aber politisch brisanten Zusammenhang mit einer SVP-Politikerin stellt. Einer Politikerin, die dafür plädiert, dass Eritreer grundsätzlich kein Asyl mehr erhalten soll, die sich in ihrem politischen Vorstoss zur geplanten Aufnahme von syrischen Flüchtlingen in der Schweiz nur für die Folgekosten interessiert, die eine Nationalratskollegin öffentlich als „flüchtlingssüchtig“ bezeichnet und die im Initiativkomitee der sogenannten „Entwicklungshilfeinitiative“ sitzt, in deren Logo eine dunkelhäutige Person die hohle Hand macht.

Und was tun heute und morgen? Die Migrationscharta spricht davon, dass Grundsätze nur wirksam sind, wenn man erfahren kann, dass sie „beseelt“ sind. „Die Kirchen, ihre Hilfswerke, Gemeinden und Gruppen sowie viele engagierte Einzelpersonen haben eine lange Tradition und Erfahrung mit der Gastfreundschaft. Diese gilt es fruchtbar zu machen für den Ausbau einer breiten, sichtbaren und lebendigen Willkommenskultur.“ Dazu sollten sich viele Menschen und Gruppen miteinander verbünden, weit über Kirchengrenzen hinaus. Die Charta ist ein Angebot für Bündnisse an solche, die schon weiter sind und an andere, die jetzt erwachen.

Welcome to Europe! Willkommen in der Schweiz! Willkommen in einer solidarischen Gesellschaft!

Bern, 26. August 2015

*Matthias Hui ist Co-Redaktor der Zeitschrift Neue Wege. Er hat in der Projektgruppe von KircheNordSüdUntenLinks für die Migrationscharta mitgearbeitet.*

*hui@neuewege.ch*

*Die Migrationscharta findet sich unter: [www.migrationscharta.ch](http://www.migrationscharta.ch)*